

„Die Reformdiskussion ist abgeschlossen“

Gesundheitsminister Seehofer: Politik hat Dogma der absoluten Beitragssatzstabilität aufgegeben

Die Reformdiskussion, soweit sie bei der Politik liegt, ist abgeschlossen.“ Das sagte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer vor dem Deutschen Ärztetag in Eisenach. Die GKV-Neuordnungsgesetze, deren Inkrafttreten zum 1. Juli inzwischen sicher ist, seien die erste der drei großen Reformen der Bundesregierung, die nicht nur diskutiert, sondern in Gang gesetzt werde.

Eine vierte Stufe der Gesundheitsreform wird es nach Seehofers Worten nicht geben, möglich seien lediglich punktuelle Veränderungen. Die Beteiligten im Gesundheitswesen sind laut Seehofer gut beraten, die grundsätzliche Weichenstellung der Neuordnungsgesetze zu realisieren und sich auf diese Gesetze einzustellen.

Fatale Entwicklung

In Übereinstimmung mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, sagte Seehofer weiter: „Wir haben keine Krise des Gesundheitswesens, wir haben Finanzierungsprobleme.“ Die dauerhafte Budgetierung bzw. Anbindung der Finanzierung an die Lohnentwicklung würde seiner Überzeugung nach zur Rationie-

rung medizinischer Leistungen führen:

„Wir haben bereits Mitte letzten Jahres negative Folgen einer gesetzlichen Budgetierung erlebt, mit der fatalen Entwicklung, daß im Oktober, November, Dezember notwendige medizinische Leistungen im ambulanten, aber auch im stationären Bereich der Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden konnten, weil die gesetzlichen Budgets erschöpft waren. Deshalb kann jemand, der alle Sinne beieinander hat, die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens und seine Finanzierung nicht auf Dauer an die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik ankoppeln.“



„Eine vierte Stufe der Gesundheitsreform wird es nicht geben.“ Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer vor der Tagungshalle in Eisenach.
Foto: uma

Mit Zuwachsraten von unter einem Prozent könne das heutige Versorgungsniveau nicht aufrechterhalten werden, sagte Seehofer weiter. Bei dauerhafter Budgetierung würde das deutsche Gesundheitswesen sehr rasch aus der Erstklassigkeit

ins Mittelmaß abrutschen. Zwar bleibe Sparen ein Dauergebot in der Gesetzlichen Krankenversicherung, jedoch würden auch neue Finanzierungssysteme benötigt.

„Zäsur der Gesundheitspolitik“

Grundsätzlich kämen hier Beitragserhöhungen, Selbstbeteiligungen, die Erhöhung des Arbeitnehmeranteils bei gleichbleibendem Arbeitgeberanteil und die Berücksichtigung anderer Einkunftsarten in Frage. Die beiden letzten Möglichkeiten sind nach Seehofers Worten nicht mehrheitsfähig. Beitragserhöhungen hält er für ökonomisch begründet sind. Jedoch dürfe nicht die ganze Last auf den Arbeitskosten liegen, deswegen seien die Selbstbeteiligungen erhöht worden. „Die Politik hat das Dogma der absoluten Beitragssatzstabilität aufgegeben“, sagte der Minister. Gesundheit werde ein Wachstumsmarkt bleiben. Jeder künftige Zuwachs werde zu einem Drittel von den Arbeitgebern, zu einem Drittel von den Arbeitnehmern und zu einem Drittel von den Patienten getragen. Dies bedeute „eine Zäsur der deutschen Gesundheitspolitik“.

Horst Schumacher

100 Deutsche Ärztetage

Zum Deutschen Ärztetag, der Hauptversammlung der Bundesärztekammer, kommen einmal im Jahr 250 Delegierte aus allen deutschen Ärztekammern zusammen. Sie repräsentieren die rund 344.000 Ärztinnen und Ärzte in Deutschland. Der 1. Deutsche Ärztetag fand 1873 in Wiesbaden statt. In den Jahren 1912, 1915 bis 1917, 1920 und 1922/23 sowie in der Zeit von 1932 bis 1947 konnten bzw. durften keine Ärztetage veranstaltet werden. Bis 1931 wurden 13 Deutsche Ärztetage in Eisenach abgehalten. Deshalb fiel die Wahl auf die Wartburgstadt als Tagungsort für den 100. Deutschen Ärztetag. Die 29 nordrheinischen Delegierten repräsentieren rund 42.000 Ärztinnen und Ärzte aus dem Rheinland (Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf). Unser Bild zeigt einen Blick in die Reihen der nordrheinischen Delegierten beim 100. Deutschen Ärztetag, der in einer umgebauten Sporthalle stattfand.

Foto: uma

